

Regionalkonferenzen 2008

# Mut zum Aufbruch

Programmatisches Selbstverständnispapier der FDP Thüringen

---

15 Programmpunkte

---

**Mut zum Aufbruch. 15 Punkte zum programmatischen Selbstverständnis der Thüringer Liberalen. Entwurf vorgelegt von Patrick Kurth, Generalsekretär FDP Thüringen.**

Der vorliegende Entwurf stellt das politisch-programmatische Selbstverständnis der FDP Thüringen in 15 Punkten zur Diskussion für die Regionalkonferenzen dar. Es flankiert zu den Konferenzen das ‚Liberale Lexikon‘, das die Grundlage der programmatischen Diskussion darstellt.

Bearbeitung: Matthäus Schlummer, Ulrich Rebs, Christian Masengarb Heike v. Sternfeld, Rudolf-Hermann Huhn und Holger Joseph

**Stand: April 2008**

---

**Inhalt:**

I.	Allgemeine Vorbemerkungen.....	1
II.	Politische Vorbemerkungen .....	3
III.	Liberales und freiheitliche Politik für Thüringen.....	4
IV.	Soziale Marktwirtschaft mit Leistungsgerechtigkeit .....	5
V.	Mittelstand und Wirtschaft in Thüringen .....	6
VI.	Bildungspolitik ohne Experimente .....	8
VII.	Familienpolitik.....	11
VIII.	Liberales Forschungspolitik ist in Thüringen auch Wirtschaftspolitik.....	11
IX.	Kulturpolitik .....	13
X.	Innere Sicherheit .....	13
XI.	Verwaltung modernisieren – Bürokratie (er-)sparen.....	15
XII.	Demographie- und Abwanderungsproblematik.....	16
XIII.	Landwirtschaft und Forsten.....	17
XIV.	Umwelt und Naturschutz.....	18
XV.	Ausblick.....	19

## I. Allgemeine Vorbemerkungen

In Deutschland und in der Welt nehmen die Regionen künftig eine Spitzenposition ein, die es schaffen, Wirtschaft und Forschung miteinander zu verbinden. **Das ist die Zukunft!** Dazu sind hochqualifizierte Arbeitsplätze, spezialisierte Unternehmungen, wirtschaftsnahe Forschungsinstitute aber auch hohe Lebensstandards nötig. Billige Massenfertigung und eine reine Dienstleistungswirtschaft sind für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland und insbesondere den Freistaat Thüringen keine Zukunftsperspektiven.

Unsere Zukunft liegt in einer wissensbasierten Volkswirtschaft und dem geistigen Potenzial unserer Menschen. Eine innovative Wirtschaft ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft, darauf müssen wir uns konzentrieren. Hierzu sind Forschung und Entwicklung unerlässlich. **Unser Freistaat muss ein moderner Standort in Europa werden, in dem die Verbindung von Wirtschaft und Forschung ein wichtiger Faktor ist.** Thüringen ist auf eben diese Entwicklung nicht vorbereitet. **In Wahrheit ist Thüringen auf keine Entwicklung vorbereitet.** Es gibt keine Vision, keinen Plan und kein Ziel, wohin der Freistaat steuert. Das Regierungshandeln der letzten Jahre bestand darin, das Land zu verwalten, nicht zu gestalten. Und selbst das faktische Verwalten des Landes ist nicht gelungen. Thüringen konnte den Rückenwind des Bundes und der Globalisierung nur schlecht nutzen und sich Gegenwind nicht widersetzen.

Freilich freuen wir Liberale uns über Beschäftigungszunahme, Wirtschaftswachstum oder gestoppte Schuldenaufnahme. Wir heben für Thüringen vor allem die niedrigste Arbeitslosenquote der neuen Länder hervor. Dies alles begrüßen wir ausdrücklich und wollen diese Entwicklungen weiter untersetzen. Denn diese Fortschritte waren zum größten Teil konjunkturbedingt, wurden von bundespolitischen Aufschwunganklängen begleitet oder sind – mit Blick auf die geografische Lage – im Einzelfall auf die zahlreichen Pendler zurückzuführen. Die Regierung Althaus lässt sich dafür feiern, sichert diese Stellung aber nicht und begegnet den ungelösten Strukturprobleme kaum. Bei ihr sind keine klaren Zukunftskonzepte erkennbar. Die Arbeitslosenquote sinkt, die Zahl der Beschäftigten allerdings auch. Beides liegt an einer höher werdenden **Abwanderung** und einem immensen Aufschwung im Bereich der Mini-Jobs. Beides ist für unser Land schlecht.

Die Prognosen zeigen eine düstere Zukunft, wenn nicht ernsthaft entgegengesteuert wird. Die Zahl der Erwerbspersonen sinkt bis 2013 auf ca. eine Million. Thüringen steht schon jetzt, in einer anziehenden Konjunktur, vor einem immensen Fachkräftemangel und wird künftig weniger Angebot als Bedarf an Arbeitskräften haben – bei gleichzeitig ca. 50 Prozent Langzeitarbeitslosen. Es wird einen starken Wettbewerb um Qualifizierte geben, bei dem insbesondere auf kleinere Unternehmen – die die Thüringer Wirtschaft maßgeblich prägen – erhebliche Probleme zukommen. Im Übrigen ist Thüringen sogar bei Existenzgründungen im Vergleich zu den anderen sog. Neuen Ländern abgeschlagen.

Wer sich diesem Fachkräftewettbewerb stellen will, muss eine gesunde mittelständische Wirtschaft und hervorragende weiche Standortfaktoren aufweisen. Hier hat die Landesregierung dem Land gar

---

geschadet, wenn sie öffentlichkeitswirksam drastische Pläne zum Kulturabbau vorstellte. Auch wenn sie – letztlich durch großen öffentlichen Druck – diese radikalen Vorhaben nicht umsetzte – der Flurschaden in der Außenwirkung bleibt. Andere Kürzungen, wie bei Kindertagesstätten bzw. deren Personalschlüssel oder bei Zuweisungen an die Kommunen gehen zu Lasten der Lebensqualität für die Menschen. **Ein verheerendes Signal sendete die Landesregierung aus, indem sie den Etat für das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit um neun Millionen kürzte und dafür das Innenministerium um satte acht Millionen aufstockte. Wird in Thüringen der Überwachungsstaat auf Kosten der Familien finanziert?**

Auch die Kosten für die Verwaltung in Land und Kommunen bleiben hoch. Nicht nur wegen des abwanderungsbedingten Bevölkerungsschwundes muss die Verwaltung effizienter werden. Mit jedem Thüringer, der das Land verlässt, steigen die Verwaltungskosten pro Kopf. Während in ganz Deutschland und besonders in den übrigen neuen Bundesländern eine weitere Stufe zur Kreisgebietsreform durchgeführt wurde, herrscht innerhalb der Thüringer CDU weiter Denkverbot. Stattdessen versucht sie ihre Kritiker mit einer Behördenstrukturreform, die statt Einsparungen erhebliche zusätzliche Kosten verursacht, zu beruhigen. Effizienzsteigerungen sind so nicht möglich, und ob Bürger und Wirtschaft davon tatsächlich profitieren bleibt noch abzuwarten. Durch die Kommunalisierung von Aufgaben, also deren Verteilung in 23 Kreise und kreisfreie Städte entstehen erhebliche personelle Mehrkosten für das Land. Bei kreisübergreifenden Sachverhalten ist Kompetenzgerangel zu erwarten. Von seinen Finanznöten wird sich das Land so auch nicht befreien.

Neben diesen großen Zukunftsherausforderungen, die die FDP umgehend konzeptionell bearbeitet wissen will, brauchen die Menschen umgehend finanzielle Entlastungen. Auf die Bürgerinnen und Bürger drückt eine immense finanzielle Belastung. **Erhebliche Steuern und beträchtliche Abgaben fressen das monatliche Einkommen regelrecht auf. Sie wirken in vielen Fällen wie Enteignungen durch die Hintertür.** Neben den vom Gehalt abgehenden Steuern und Beiträgen sind es v.a. die täglichen Verbrauchssteuern und monatlichen Sonderbelastungen, z.B. bei Energie, die das Restguthaben regelrecht vernichten. Dafür ist nicht nur der Bund, sondern auch das Land verantwortlich, siehe , wie etwa Straßenausbaubeträge. Ansparen für eine zusätzliche Altersvorsorge oder Zusatzversicherungen zur Deckung von Lücken der gesetzlichen Kassen u.ä. sind kaum noch machbar. Solche einkommensunabhängigen Finanzbelastungen, wie etwa auch die erhöhte Mehrwertsteuer, die Ökosteuer oder Abgaben für erneuerbare Energien, treffen alle, auch jene, die nicht oder nicht mehr erwerbstätig sind oder durch staatliche Leistungen ihr Leben bestreiten. **Steuerzahler ächzen unter der immensen Steuer- und Abgabenlast. Gleichzeitig steigen die Staatseinnahmen in bisher nicht gekanntem Maß.** Für 2008 werden die Einnahmen bei Bund, Länder und Gemeinden in Höhe von 600 Milliarden Euro erwartet. 1991 lieferten die Steuerzahler noch 338 Milliarden Euro bei den Staatskassen ab. Die Einnahmen sind seitdem um fast 77 Prozent gestiegen! Aber mit diesen Unsummen wird nicht einmal die gewaltige Staatsverschuldung abgetragen. Im Ergebnis haben wir nicht zu wenig Staatseinnahmen, sondern zu hohe Ausgaben! An dieser erheblich gestiegenen Steuerbelastung trägt auch die Thüringer Politik großen Anteil. Über den

Bundesrat hat die Thüringer Landesregierung erhebliche Mitverantwortung auch für Steuererhöhungen, mittelbar auch über den Bundestag und die Bundesregierung.

Dabei hat der Freistaat Thüringen hohes Potential, gute Kraftreserven und immense Wirkungsfähigkeiten. Flexibilität, Leistungsbereitschaft und Ideenreichtum – dafür muss Thüringen wieder stehen. **Die FDP begreift die bestehenden Herausforderungen als Chance für eine befreiende Politik der Innovation und Zukunftsgestaltung.**

Vieles hängt davon ab, wie stark der Freistaat in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung sein wird und wie effizient und ertragreich er diese Faktoren mit der Wirtschaft und hier besonders dem hier ansässigen Mittelstand verbinden kann. Auf Billiglohn, unterdurchschnittliche Arbeitsbedingungen oder niedrige Preise kann sich im Freistaat keine selbst tragende Wirtschaft aufbauen. Thüringen muss es gelingen, den Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft so zu gestalten, dass die Ergebnisse einheimischer Forschungseinrichtungen unmittelbar und vor Ort in unternehmerische Wertschöpfung umgesetzt werden.

## II. Politische Vorbemerkungen

**Das politische Fazit des letzten Jahrzehnts CDU-Alleinregierung ist ernüchternd:** Es sind verschenkte Jahre, die Thüringen hinter sich gebracht hat. Wenig ist getan worden, was den Freistaat wirklich vorangebracht hat. In den wesentlichen Politikfeldern, wie Wirtschafts-/ Wissenschaftspolitik, Bekämpfung der Abwanderung, Verwaltungsmodernisierung, im Bildungsbereich oder der Mittelstandsstabilisierung, sind Visionen und langfristige Konzepte nicht ersichtlich. Insgesamt stellt Thüringen bestenfalls das Mittelmaß in Deutschland dar. **Die CDU-Landesregierung ist nach der ein Jahrzehnt währenden Alleinregentschaft personell und inhaltlich am Ende.** Gut gemeinte Reformen entpuppen sich als einziges Flickwerk, die Verantwortlichen dafür wissen nicht mehr weiter. Neben ihrer mehr als ernüchternden Bilanz werden von ihr auch in den verbleibenden Monaten Herausforderungen nicht ernst- oder wahrgenommen. Sie verschiebt notwendige Reformen auf unbestimmte Zeit nach den nächsten Wahlen. Den bestehenden Politikstau wird sie nicht mehr auflösen (können). Der derzeitigen Regierung Althaus fehlt die notwendige Kraft und Kreativität, um den großen Herausforderungen alleine gewachsen zu sein.

Die Erosion der Thüringer CDU wird auch von den Neosozialisten gesehen. Sie spekulieren darauf, dass wir Thüringer 18 Jahre nach dem Untergang der DDR die Folgen des totalitären Regimes vergessen haben. Wir Liberale werden nicht zulassen, dass falsche politische Entscheidungen das frühere wirtschaftliche und wissenschaftliche Leistungszentrum Deutschlands **erneut** ruinieren. Genau das passiert, wenn linke Tagträumer mit einer Politik des ungeordneten Verprassens von Steuergeldern in Thüringen Zugriff auf die Finanztöpfe und die Macht erlangen. Unfinanzierbare Heilsversprechungen werden niemanden helfen, nicht den Menschen, nicht den Kommunen, nicht der mittelständischen Wirtschaft und schon gar nicht den Bedürftigen. **Nutznießler linker Umverteilungspolitik sind die Listigen, Einfallsreichen und Pfiffigen, die Subventions- und**

**Unterstützungspolitik auszunutzen wissen. Linke Tagträume nutzen dem Findigen, nicht dem Bedürftigen.**

In Thüringen ist der deutschlandweite Polit-Trend besonders ausgeprägt: Es gibt eine Lagerbildung, aufgeteilt in eine linke und eine bürgerliche Fraktion. Obwohl der Wahltag selbst noch über ein Jahr weit weg ist, sind SPD und PDS in Wahrheit bereits seit einiger Zeit dabei, ihre Koalitionsbedingungen auszuhandeln. Die Frage ist nicht mehr, ob koaliert wird, sondern unter welchen Bedingungen. Wer sich derart in das Fahrwasser der Linkspartei/PDS begibt und seine politische Ausrichtung darauf abstellt, beraubt sich aller Alternativen und Handlungsoptionen. Ein Zusammenarbeiten mit anderen politischen Parteien ist dadurch ausgeschlossen. Die FDP ist daher nicht in der Pflicht, zu erklären, warum sie eine Zusammenarbeit mit der SPD anstreben soll. Vielmehr müssen die Sozialdemokraten bzw. das, was von der ehemals großen Partei übrig geblieben ist, gewichtige Argumente finden, wie sie wieder zu einer bürgerlichen, auf die Mitte der Gesellschaft orientierte Politik – und damit auch zur FDP – zurückfinden wollen.

Wir Liberale erkennen die Wechselstimmung in Thüringen. Unzufriedenheit mit den und Frustration über die politischen Verhältnissen im Freistaat und den Stillstand in der Bundespolitik werden mit der **CDU** in Verbindung gebracht. Linke versuchen sich dies zunutze zu machen. Sie sammeln ihre Truppen und haben bei der Mobilisierung derzeit einen größeren Wirkungsgrad, als Teile des bürgerlichen Politikspektrums. Wir sind aber davon überzeugt, dass die Mehrheit der Menschen in unserem Land keine rot-rote Regierung wollen. Zu sehr liegen ihnen Arbeitsplätze, Kinderbetreuung oder Kulturdichte im Freistaat am Herzen. **Deshalb braucht Thüringen einen dosierten Machtwechsel.**

**Nur mit der FDP wird Thüringen in Zukunft zu den leistungsfähigen, freien und lebenswerten Regionen gehören. Nur mit der FDP können die Thüringerinnen und Thüringer noch ohne Angst vor Leistung leben. Nur mit der FDP werden die immensen Steuern und Abgaben, die die Tatkraft unserer Menschen bremsen und ihre Lebensqualität niederdrücken, auf ein erträgliches, nachvollziehbares und vor allem gerechtes Niveau zurückgeführt. Nur mit der FDP können die Thüringer Bürgerinnen und Bürger eine Regierung verhindern, die die „Tugenden“ des Sozialismus hoch hält. Nur mit der FDP wird Thüringen wieder eine politische Vision und für zahlreiche Politikbereiche eine konzeptionelle Struktur erhalten.**

**III. Liberale und freiheitliche Politik für Thüringen**

Politik in und für Thüringen muss sich künftig auf das Zukunftsfeld schlechthin konzentrieren: Die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft – namentlich von mittelständischen Betrieben und wirtschaftsnaher Forschung. Dies wird erhebliche, positive Auswirkung auf Thüringen und seine Bürgerinnen und Bürgern haben. Wir werden Thüringen zum Wissenschafts- und wirtschaftsnahen Forschungsstandort in Deutschland machen. Eine solche Konzentration und Spezialisierung bringt erhebliche Wachstumspotentiale für den Arbeitsmarkt und die Attraktivität Thüringens als Standort.

Arbeitslosigkeit kann dadurch bekämpft, das Lohnniveau erhöht und Abwanderung abgeschwächt werden.

**Dazu benötigen wir allerdings zahlreiche Voraussetzungen:**

- Eine funktionsfähige soziale Marktwirtschaft.
- Eine auf das notwendige beschränkte und sich beschränkende Bürokratie.
- Ein sich selbst tragender und gut funktionierender Mittelstand.
- Eine hervorragende Bildungs- und Hochschulstruktur.
- Eine breit aufgestellte Forschungslandschaft.
- Ein hohes Maß an Lebensqualität. Fachkräfte werden nur dann in einer Region leben wollen, wenn dort ein hoher Lebensstandard geboten werden kann.

#### **IV. Soziale Marktwirtschaft mit Leistungsgerechtigkeit**

**Wohlstand braucht Markt – Markt braucht Wettbewerb – Wettbewerb braucht Regeln.** Die Herausforderungen der Zukunft bewältigen wir nicht, wenn wir den Menschen das Geld nehmen, um es grob zu verteilen. Die Herausforderungen der Zukunft meistern wir nur, wenn sich die schöpferischen und geistigen Kräfte unserer Gesellschaft voll entfalten. Dafür will die FDP Raum schaffen. Je mehr Menschen durch eigene Leistung ihr Leben gestalten, desto fairer und sozialer ist die Gesellschaft. **Eine Politik der guten Ergebnisse ist besser für die Menschen als eine Politik der besten Absichten.** Die soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, die den Menschen die größten Möglichkeiten eröffnet, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, mit Kreativität und Engagement – aus eigener Kraft. Soziale Marktwirtschaft ist aber auch die Wirtschaftsordnung, die der Gesellschaft die notwendigen finanziellen Absicherungen bietet, um soziale Leistungen, um Verkehrs-, Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur und um Innere und Äußere Sicherheit sowie Rechtssicherheit zu gewährleisten. Allerdings funktioniert Marktwirtschaft nur unter der Bedingung der Freiheit; Marktwirtschaft und Freiheit bedingen einander. **Durch mangelndes Verständnis der Marktsysteme, fehlendes Vertrauen in Marktkräfte und systemwidrige, teure Wahlgeschenke ist ein übergroßer und ineffizient wirtschaftender Staat entstanden.** Der handelnde Mensch benötigt in unserer Gesellschaft allerdings einen verlässlichen und berechenbaren Rahmen. Für diese Ordnungsaufgabe – die Rahmenbedingungen, unter denen Freiheit möglich und erwünscht ist, zu definieren und zu setzen – ist der Staat zuständig. Politik kann dabei als das Ringen um die rechte Ordnung des Staates verstanden werden. **Es geht darum, das richtige Maß zu finden zwischen notwendigen Regeln und der Freiheit der Bürger.**

Manche Menschen haben Angst vor Wettbewerb, weil sie darunter ungehinderte ökonomische und politische Macht verstehen. Wettbewerb bedeutet nicht das Recht des Stärkeren aber auch nicht die



Generallösung aller Probleme. **Freier Wettbewerb mit klaren Spielregeln begrenzt, nicht der Verbot von Wettbewerb. Der Markt ist ein einzigartiges Entmächigungsprogramm.** Die gesellschaftliche Schleifspur aller linken Rezepte zeigt, dass unkontrollierte wirtschaftliche und politische Macht immer genau dort entsteht, wo Wettbewerb und Markt vorher aus politischen Motiven entmachtet worden sind. Allein die aus einer Wettbewerbssituation resultierende Konkurrenz von Ideen führt zu besten Lösungen in allen Bereichen, im Umgang mit der Natur genauso wie in Fragen des technischen Fortschritts. Wettbewerb macht beweglich, Staatsinterventionismus führt in die Erstarrung.

Die FDP Thüringen steht für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, in der Eigenverantwortung zählt. Das freie Zusammenwirken der Menschen dieser Region führt so dank der ihnen gewährten Freiheit zu Wachstum und Wohlstand. Staat und Politik können sich nicht über ökonomische Gesetzmäßigkeiten hinwegsetzen, um Wohlstand und Gerechtigkeit zu erreichen. **Glück lässt sich nicht als Sozialleistung organisieren.** Soziale Sicherheit ist jedoch die Voraussetzung für Teilhabe an Freiheit. Es geht daher um bessere Chancen für alle. Sie sind aber nur auf der Basis einer auf Beschäftigung und Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik möglich. Deshalb fordert die Thüringer FDP die Einführung des **Liberalen Bürgergeldes** mit dem Ziel, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft zu setzen - für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Nach dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe soll der Sozialstaat jedem Bürger die Chance sichern, so weit wie möglich aus eigener Kraft ein selbst bestimmtes Leben führen zu können. Nach dem Leistungsprinzip soll jeder Bürger die Chance bekommen, seine Lebenssituation eigenverantwortlich durch eigene Leistung zu verbessern. **Die CDU-Landeregierung versuchte, die Idee des Liberalen Bürgergeldes für sich zu vereinnahmen. Dabei wurden jedoch entscheidende Elemente verändert, wodurch die positive Wirkung des Liberalen Bürgergeldes in ihr Gegenteil verkehrt würde! Die Thüringer FDP tritt allen Verfälschungsversuchen mit Nachdruck entgegen.** Nur ein Bürgergeld, welches sich strikt an der Bedürftigkeit orientiert, erhält das Leistungsprinzip und sorgt so für Gerechtigkeit. Die FDP lehnt eine Regelung ab, die Arbeitslose lediglich finanziell ruhig stellt, sie aus dem Erwerbsleben aussondert und ihnen so die Chance auf eine Rückkehr in den Arbeitsprozess verbaut. Eine Regelung, die unterschiedslos ein Füllhorn an alle ausschüttet, muss sich leistungsfeindlich auswirken und leistet der Verarmung unseres Volkes Vorschub.

Für uns Liberale geht es daher um die Entwicklung einer Kultur der Verantwortung und des Engagements. Wirtschaftlicher Erfolg, soziale Sicherheit und damit auch innerer Frieden in einer Gesellschaft bedürfen einer Mentalität, in der sich ein entwickelter Bürgersinn mit einem freiheitsermöglichenden Gemeinwesen zum Wohle aller verbindet.

## V. Mittelstand und Wirtschaft in Thüringen

Das Thüringer Wirtschaftsgefüge ist geprägt von mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben. Charakteristisch ist die Dominanz von kleinen Betrieben: Insgesamt haben in

Thüringen fast 90 Prozent der Unternehmen weniger als zehn Beschäftigte. Sicht man von Behörden und öffentlichen Unternehmungen ab, repräsentieren die Beschäftigten der 100 größten Unternehmen in Thüringen nur rund 9 Prozent der Thüringer Arbeitnehmer. Diese Zahlen zeigen, wer das Rückgrat der Thüringer Volkswirtschaft darstellt: Es sind die Mittelständler, welche den entscheidenden Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen leisten. Sie haben sich als außerordentlich flexibel und innovativ erwiesen.

**Die FDP wird dem Mittelstand besondere Aufmerksamkeit innerhalb der Thüringer Wirtschaftspolitik zukommen lassen.** Ziel ist es, das Handwerk und den Mittelstand zu fördern, bürokratische Hindernisse zu beseitigen, den Wissenstransfer zu unterstützen und dadurch das Thüringer Wirtschaftsgefüge nachhaltig zu beleben. Unsere Thüringer Wirtschaft muss gegenüber dem globalisierten Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben. Dies muss das Land unterstützt werden, zumindest dürfen Thüringer Betriebe durch das Land keine Steine in den Weg gelegt werden. Nur mit einem starken und gesunden Mittelstand werden in Thüringen wieder Wachstum und Innovation möglich sein.

Die FDP Thüringen spricht sich jedoch gegen eine jahrelange Förderung ohne Konzepte und festgelegte Prinzipien aus. Auch in diesem Bereich gilt: **Konzentration der Kräfte zur Maximierung der Erfolge.** Die von Wirtschaft und Politik als zukunftsträchtig erkannten Branchen müssen in die Lage versetzt werden, nach einer Anschubfinanzierung auf eigenen Beinen zu stehen. Förderungen sind daher grundsätzlich degressiv auszugestalten.

Weiterhin werden wir die **Pflichtmitgliedschaft von Unternehmen in den Industrie- und Handelskammern bzw. Handwerkskammern abschaffen.** Die Kammern selbst dürfen und sollen nicht abgeschafft werden. Vielmehr muss das Kammerwesen auf der Grundlage des Wettbewerbsgedanken reformiert werden. Dazu werden die Kammern in privatrechtlich organisierte Vereine überführt. Sie können sich akkreditieren, um staatliche Aufgaben wahrzunehmen. Unternehmen, die sich für eine Nichtmitgliedschaft entschieden haben, müssen bei Inanspruchnahme von Dienstleistungen oder Pflichtaufgaben einen erhöhten Preis zahlen. Die Mitgliedschaft von Unternehmen zu den Kammern ist nicht räumlich beschränkt, allerdings werden in einer Region nicht mehrere Kammern zugelassen.

**Besondere Konzentration muss im Wirtschaftsgefüge künftig die Tourismuspolitik erhalten.**

Die Tourismusbranche gehört in Thüringen zu den größten Wirtschaftssegmenten mit einem erheblichen Arbeitsplatzangebot. Im Gegensatz zu Nachbarländern werden die Potentiale dieser Branche allerdings kaum genutzt. Der Thüringer Tourismus leidet insbesondere an seiner regionalen Zersplitterung. Ein einheitliches Vermarktungskonzept ist nicht ersichtlich. Auf eine Vermarktung und Vereinheitlichung von Thüringen als „Grünes Herz Deutschlands“ wird unverständlicherweise komplett verzichtet. Gleichzeitig wird sich zu stark auf "Wanderschuh- und Städtetourismus" beschränkt. In der Außenwerbung spricht Thüringen mit tausend Stimmen, die Landesregierung hat bei der Vereinheitlichung Außenwirkung total versagt – zum Schaden vieler Betriebe in der Branche und damit zahlreicher Arbeitsplätze. So werden Entwicklungen im Wellness-Bereich nahezu

verschlafen. Insbesondere im Bereich des Konferenz-Tourismus gibt es erhebliche Potentiale. Thüringen liegt in der Mitte Deutschlands und dürfte für die Jahrestagungen länderübergreifender Unternehmen hochinteressant sein.

## VI. Bildungspolitik ohne Experimente

Bildung ist Grundrecht. Für die Lebensgestaltung eines jeden Einzelnen ist eine dem persönlichen Leistungsstand und Zielen entsprechende Bildung unausweichlich. Bei Bildungspolitik geht es um Freiheit zur Verantwortung. Dies bedeutet für uns, dass jeder Zugang zu Bildung haben muss. Für uns Liberale bedeutet soziale Gerechtigkeit Chancengerechtigkeit. **Dort wo finanzielle Transfers nur die Symptome gesellschaftlicher Fehlentwicklung lindern, ist Bildung das Rezept, das Ungerechtigkeit im Kern bekämpft.** Qualifizierte Bildung und Ausbildung erfordert von allen Beteiligten Bereitschaft und Anstrengung. **Lern- und Leistungsbereitschaft sind das Ethos der Solidarität.** Dabei ist lebenslanges Lernen Verpflichtung sich selbst ebenso wie der Gemeinschaft gegenüber. Sie ist Thüringens größte Chance für die Zukunft. Unsere Zukunft liegt in einer wissensbasierten Volkswirtschaft und dem geistigen Potenzial unserer Menschen. **Leitlinien liberaler Bildungspolitik sind Eigenverantwortung, Wahlfreiheit, Chancengerechtigkeit, Effizienz und die Bereitschaft zur Eigeninitiative.** Wir werden mehr Autonomie für Bildungseinrichtungen und Bildungsträger einführen, damit sich auch im Bildungswesen auf der Grundlage eines breit gefächerten Bildungsangebots der Wettbewerb stärker entfalten kann. Und wir setzen auf eine erhebliche Stärkung des frühkindlichen Bildungsbereiches.

### *Frühkindliche Bildung*

Chancengleichheit fängt gerade bei Bildung und Ausbildung beim Start an. Bereits Krippen und Kindergärten sind für die FDP Thüringen Bildungseinrichtungen. Frühkindliche Bildung zahlt sich später tausendfach aus. In der frühkindlichen Phase realisiert sich das Grundrecht auf Bildung und die Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit. Wir verlieren noch die Potentiale viel zu vieler Kinder, bis diese überhaupt die Schule erreichen. Für Liberale ist es daher ein zentrales Anliegen, die Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten gerade auch in der frühkindlichen Bildung zu fördern, um möglichst vielen Menschen die spätere Teilhabe am Berufsleben zu ermöglichen.

Die Thüringer können für die frühkindliche Bildung auf ein gut ausgebautes Netz an Kindertagesstätten und Kindergärten zugreifen. Sie gehören zu den Wettbewerbsvorteilen Thüringens: Die Möglichkeit, Beruf und Familie zu verbinden. Sollen sie auch zum Wettbewerbsvorteil für unsere Kinder werden, muss jedoch Kinderbetreuung als vorschulische Bildung verstanden werden. Den verschiedenen Bildungseinrichtungen und Bildungsträgern muss dabei weitgehende Autonomie gewährt werden, damit sich auch im Bildungswesen auf der Grundlage eines breit gefächerten Bildungsangebots der Wettbewerb stärker entfalten kann. Die FDP Thüringen tritt dafür ein, dass unsere Kinder in Zukunft länger gemeinsam lernen. Freiheit zur Verantwortung heißt hier für uns Liberale jedoch auch, dass der Staat den Eltern nicht die Verantwortung für die Erziehung abnehmen kann. Aber er hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Eltern Angebote gemacht werden, frei

entscheiden zu können, wie sie in ihrer Familie leben wollen. Fair ist, wenn Frauen und Männer die Wahl haben, ob sie Kinder und Karriere vereinbaren wollen.

Ziel der Thüringer FDP ist es, den Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen kostenfrei zu ermöglichen. Die Thüringer FDP bekennt sich deshalb klar zur Einführung von Betreuungsgutscheinen. Diese Betreuungsgutscheine werden als Krippen- und Kindergartengutscheine an Eltern direkt als familienpolitische Leistungen überreicht. Wir bezeichnen den Betreuungsgutschein als Bildungsgutschein. Durch den Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung, d.h. von der Förderung von Einrichtungen hin zur Förderung von Kindern, wird die Nachfrage und die Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen verbessert. Damit ist ein echter Wettbewerb zwischen den verschiedenen Angeboten der frühkindlichen Bildung möglich. Um die Chancengleichheit beim Schuleintritt zu gewährleisten, wird die FDP ein verpflichtendes Vorschuljahr einführen. In diesem Zusammenhang wird die Thüringer FDP für verbindliche standardisierte Sprachstandserhebungen eintreten. Denn Grundvoraussetzung für eine kulturelle, wirtschaftliche und politische Teilhabe ist der sichere Umgang mit der deutschen Sprache. Und mit Deutsch müssen alle Kinder umgehen können, bevor sie eingeschult werden.

### ***Schul- und Berufsausbildung***

Die FDP legt an ihre Bildungspolitik klare Regeln an. **Die Schulausbildung darf nicht der Spielplatz für Experimente, Reformen und Reförmchen sein.** Wir stehen klar für ein gegliedertes Schulsystem, für Abitur nach zwölf Jahren, für bundeseinheitliche Bildungsstandards, für die intensivere Einbringung der Grundlagenfächer und naturwissenschaftlicher Fächer aber auch für gemeinsames Lernen bis zur Klasse 6. Wir begrüßen die Beibehaltung des Thüringer Abiturs nach zwölf Jahren. Die Liberalen werden daran festhalten. Und wir begrüßen Bestrebungen, Abschlussprüfungen zwischen den Bundesländern zu vereinheitlichen. Wir werden diesem Prozess neue Impulse geben. Das Mitteldeutsche Abitur oder vereinheitlichte Abschlussprüfungen mit Hessen oder mit Bayern und Baden-Württemberg sind für uns konkrete Zielvorstellungen. Zumindest in den Grundlagenfächern oder bei Naturwissenschaften muss es zu Vereinheitlichungen kommen. Am Ende jeder Schulausbildung muss ein Abschluss stehen, der – den jeweiligen Stufen entsprechend – ein im deutschlandweiten Vergleich hohes Niveau aufweist. Gleichzeitig ist Bildung nicht nur ein individuelles Recht, sondern eine gesellschaftliche Pflicht.

Liberales Ziel muss daher sowohl ein möglichst hohes Bildungsniveau breiter Schichten unserer Bevölkerung, als auch die Herausbildung einer hochbefähigten geistigen Elite sein. **Die berechtigten Forderungen nach Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit dürfen jedoch nicht mit der mancherorts gehegten Hoffnung auf Ergebnisgleichheit verwechselt werden.** Wie zivilisiert, freiheitlich und gerecht eine Gesellschaft ist, zeigt sich nicht nur in der fördernden und fordernden Hilfe in prekären Lebensverhältnissen, sondern auch und gerade in ihrem Umgang mit Talenten. Thüringen muss deshalb die Auswahl und Pflege der Begabungen zu seinem Anliegen machen. Dabei ist aber ganz selbstverständlich, dass nur der, der die Breite fördert, auch die besonders Begabten erreichen kann. Ohne eine gut ausgebildete Basis der Vielen gibt es auch keine Spitze. Auch die Besten

brauchen ein aufnahmebereites Umfeld, das es versteht, Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Wer die Arbeit und Pflege der Begabungen behindert, macht unsere Gesellschaft weder herrschaftsfreier noch demokratischer. Er verhindert nur, dass einige mehr leisten können und macht die Gesellschaft geistig und wirtschaftlich ärmer durch Gleichheit. Das wiederum kann Thüringen sich nicht leisten, will es in Zukunft zu den innovativen Regionen gehören.

Uns Liberalen geht es deshalb darum, eine Kultur des Lernens zu etablieren. Es geht um die Art und Weise, wie unsere Kinder Wissen vermittelt bekommen und wie ihnen Haltungen, Werte und Einstellungen vorgelebt werden. Tugenden müssen grundgelegt werden, bevor ein Kind überhaupt einer Bildungseinrichtung begegnet. Ihre Vermittlung ist deshalb auch Aufgabe von Elternhäusern. Eltern haben nicht nur das Recht auf Erziehung ihrer Kinder, sondern auch die Pflicht der Gemeinschaft gegenüber.

Nur durch massive Investitionen in Humankapital - also unsere Kinder - und eine an der Realität orientierte Forschungsförderung wird Thüringen in der Zukunft an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen und sich Wettbewerbsvorteile verschaffen können. Wenn die Wirtschaft Zugriff auf einen guten Bildungsmarkt hat, kann Thüringen sich zu einem modernen Wirtschaftsstandort entwickeln.

Auch das System der beruflichen Bildung muss reformiert werden, um dauerhaft funktionsfähig zu bleiben. Insbesondere mit Blick auf den Europäischen Wirtschaftsraum werden wir die Strukturen, sachgerecht anpassen der Strukturen.

**Die unzureichenden Reformbemühungen der letzten Jahre bedürfen grundsätzlicher Reformen, um das Duale System endlich zukunftsfest zu machen:**

- an den Haupt- und Regelschulen wird die Berufsorientierung stärker betont.
- Betriebserkundungen, Praktika und Bewerbertraining müssen ebenso eine Rolle spielen wie die Ausrichtung der Lehrinhalte und Themen, die die Bedeutung der Wirtschaft und Technik in den Mittelpunkt rücken; die Förderangebote für Schulabgänger, die sich in sog. Übergangssystemen (z. B. Berufsvorbereitungsjahr; berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) befinden, werden reformiert und an die Bedürfnisse der Ausbildungsbetriebe angepasst;
- am Ende jeder Ausbildung muss eine anerkannte öffentlich-rechtliche Abschlussprüfung stehen;
- die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen und Bildungsteilbereichen ist dringend zu erhöhen. In diesem Sinne ist die Verzahnung von Aus-, Weiter- und Hochschulbildung zu unterstützen. Bildungssackgassen darf es nicht länger geben;
- Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung müssen verstärkt darauf aufmerksam gemacht werden, dass bundesweit Möglichkeiten zur Aufnahme eines Studiums, ohne die Voraussetzung der allgemeinen Hochschulreife, existieren;

- es ist gegenüber Ländern und Hochschulen verstärkt dafür zu werben, dass berufliche Abschlüsse und erworbenes berufliches Wissen künftig noch stärker auf die im Rahmen des Studiums zu erbringenden Leistungen angerechnet werden;
- Fortbildungsabschlüsse müssen im europäischen Vergleich leistungsgerecht eingeordnet werden.

## VII. Familienpolitik

Freiheit zur Verantwortung heißt in der Familienpolitik, dass es eine gesellschaftliche Verantwortung gibt, um Verwahrlosung und Tod von Kindern nach besten Kräften zu verhindern. Das ist auch Aufgabe des Jugendamtes. Aber es ist nicht nur Aufgabe staatlicher Betreuungsstellen. Eine Gesellschaft, die das Prinzip Freiheit zur Verantwortung lebt, fordert jeden einzelnen auf, zu handeln, wenn er in seiner Nachbarschaft feststellt, dass Eltern überfordert sind. Das ist oft unangenehm. Aber jedes Kind, das in schrecklicher Verwahrlosung lebt, muss es uns wert sein, alles zu tun, um es davor zu bewahren. Deshalb ist Zivilcourage gefragt.

Die sogenannte „Familienoffensive“ der Althaus-Regierung hat versagt. Seit dem Inkrafttreten haben die Kitas mit erheblichen Personalengpässen sowie mit drastischen Einsparungen zu kämpfen. Zwischen 2005 und 2007 wurden etwa 600 Vollzeitstellen abgebaut. Außerdem unterlagen Kindergärten und Kinderkrippen Kürzungen in Höhe von 28 Mio. Euro. Im Ergebnis haben sich die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher erheblich verschlechtert und die Elternbeiträge zur Kinderbetreuung sind angestiegen. Sieht so familienfreundliche Politik aus?

Wir Liberale werden uns im Thüringer Landtag dafür einsetzen, dass Familien bei der Betreuung wirklich entlastet werden, ohne dabei die Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen zu senken. Es muss mehr qualifiziertes Personal, bessere Arbeitsbedingungen und längere Öffnungszeiten geben. Gleichmaßen setzt sich die Thüringer FDP dafür ein, dass die Tagespflege gleichrangig neben der institutionellen Krippenbetreuung in die staatliche Förderung einbezogen wird. Der Ausbau des Angebots alternativer Tageseinrichtungen im Zusammenhang mit dem Bildungsgutschein wird gefördert. Unser Ziel ist es, gebührenfreie Kindertagesplätze in einem rein steuerfinanzierten Modell der Kindertagesbetreuung einzuführen.

## VIII. Liberale Forschungspolitik ist in Thüringen auch Wirtschaftspolitik

Wissenschaft und Forschung liefern die Grundlagen für Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft und damit für die Zukunft Thüringens. **Eine innovative Wirtschaft ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft, darauf müssen wir uns konzentrieren. Thüringen muss aus Sicht der FDP ein moderner Standort in Europa werden, die Verbindung von Wirtschaft und Forschung wird dabei der ausschlaggebende Standortfaktor in dieser Entwicklung sein.**

Wir brauchen freiheitliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die den Unternehmen mehr Spielraum ermöglichen und der Wissenschaft mehr Eigenverantwortung geben. Wir Liberalen in Thüringen sehen uns als Moderator zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

**Charakteristisch für Thüringen ist die absolute Dominanz kleiner Betriebe.** Es sind die Mittelständler, welche den entscheidenden Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen leisten. Auf die kleinen und mittleren Unternehmen kommt es daher an bei einer Forschungsförderung besonders an. Nur mit einem starken und gesunden Mittelstand werden in Thüringen wieder Wachstum und Innovation möglich sein. Die FDP Thüringen spricht sich jedoch eindeutig gegen eine jahrelange Förderung ohne Konzepte und festgelegte Prinzipien aus. Auch in diesem Bereich gilt: Konzentration der Kräfte zur Maximierung der Erfolge. Die von Wirtschaft und Politik als zukunftsträchtig erkannten Branchen müssen in die Lage versetzt werden, nach einer Anschubfinanzierung auf eigenen Beinen zu stehen. Förderungen sind daher grundsätzlich degressiv auszugestalten, allein schon um Gewöhnungseffekte zu vermeiden.

Aus der Dominanz der kleinen Betriebe in Thüringen ergeben sich jedoch insbesondere mit Blick auf Forschung und Entwicklung (FuE) bzw. Wissen- und Technologietransfer erhebliche Probleme. Allerdings gibt es zu FuE keine Alternative, wenn die Unternehmen auf dem Markt erfolgreich bestehen sollen. Diese Unternehmen sind daher gerade auf Kooperationen angewiesen. Die FDP Thüringen ist der Ansicht, dass die Bedeutung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter steigen wird. Allerdings sehen wir noch erhebliche Defizite hinsichtlich des Transfers von wissenschaftlicher Erkenntnis in die Praxis. Der Vorwurf der Wirtschaft, dass zu wenig über die Forschungsinhalte der Hochschulen informiert werde, muss konstruktiv aufgegriffen werden. Dabei sind Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen neben ihren originären Aufgaben gerade auch als Technologiebasis und Initiator von Innovationsprozessen gefordert. Thüringen fördert bisher die FuE-Kapazitäten der Kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) und die Schaffung von Verbundsstrukturen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und gewerblichen Unternehmen. Dies kann nach Meinung der FDP Thüringen keinen Erfolg haben, werden nicht die Erfahrungen der Wirtschaft und Wissenschaft, also der Akteure, auf die es ankommt, berücksichtigt. **Thüringen hat eine qualitativ gute Ausstattung an Universitäten, Fachhochschulen und insbesondere außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die FDP Thüringen setzt sich für eine effizientere Nutzung der Kompetenzen der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen durch ihre Einbindung in bestehende Netzwerke ein.** Gleichzeitig gilt es, die Informationsmängel hinsichtlich des Nutzens von Forschungsverbänden abzubauen und so die Neubildung von Clustern und Netzwerken anzuregen. Hierzu zählt auch ausdrücklich die Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Partnern in Wirtschaft und Forschung. Die FDP Thüringen hält es für erforderlich, dass die unterschiedlichen Profile der verschiedenen wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen transparenter und die Ausdifferenzierung zwischen ihnen deutlicher wird. Durch vorrangige Vergabe von Projektfördermitteln an Unternehmen sollen Anreize zur marktgerechten Ausrichtung der relevanten wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen gesetzt werden. Nur mit der FDP als Moderator zwischen

Wissenschaft und Wirtschaft wird Thüringen in Zukunft zu den innovativen Regionen Deutschlands und der EU gehören.

## IX. Kulturpolitik

Aufgrund seiner Geschichte verfügt Thüringen gegenüber anderen Bundesländern über eines der dichtesten Netze von Theatern, Orchestern, Spielstätten, Museen, bedeutenden Baulichkeiten und vielem mehr. Dieses unverwechselbare Erbe als weichen Standortfaktor für die Gegenwart zu erhalten und für die Nachkommen zu sichern, erfordert besondere Anstrengungen in einer Zeit, wo Mäzenatentum nicht wie einst eine Hauptquelle der Förderung ist. Freiheit zur Verantwortung heißt auch, unsere kulturellen Lebensgrundlagen zu schützen. Wir streben in Zusammenarbeit mit den Fachleuten, Künstlern und Kulturschaffenden effektive Gestaltungsvarianten an. Persönliche Eigeninitiativen, aber auch ein Netzwerk aus Vereinen und Stiftungen ist bei diesen Bemühungen besonders gefragt.

Kultur prägt unser aller Leben. Sie macht es schön, bunt und abwechslungsreich. Dabei begegnet sie uns täglich: in Film, Theater oder Oper, aber auch in Gegenständen der Alltagskultur. Kultur ist Vielfalt. Kultur gehört allen. Kultur ist jedoch mehr als lediglich Freizeitfaktor. Vielmehr ist Kultur als Bildungs-, Wirtschafts- und damit Standortfaktor zu verstehen und spielt bei der Bekämpfung der Abwanderung und der Förderung der ländlichen Regionen eine zentrale Rolle. Dennoch darf bei der künftigen Kulturpolitik nicht allein das Land in die Pflicht genommen werden. Auch die Theater und Orchester müssen ihren Teil zum Erhalt beitragen. Hierzu gehört eine Theater und Orchesterplanung ebenso, wie weitere strukturelle Reformen innerhalb der Orchester und Theater. **Die Sicherung der finanziellen Grundausstattung darf nicht als Freibrief verstanden werden. Aus Sicht der Thüringer Liberalen sind Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit Faktoren, die das Publikumsinteresse heben und andererseits die Position der Theater und Orchester stärken können.** So verstanden sind Ausgaben für Kultur Investition in die Zukunft Thüringens. Kulturpolitik ist auch Bildungspolitik. Die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sind das Langzeitgedächtnis unserer Gesellschaft. Sie leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Sicherung und Aufbereitung unseres kulturellen Erbes für jetzige und künftige Generationen, indem sie sich mit Kulturphänomenen unterschiedlichster Ausprägung befassen und gleichzeitig als Orientierungswissenschaft die Grundlagen für die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft schaffen.

## X. Innere Sicherheit

Die FDP ist grundsätzlich auch die Partei der Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das in der Aufklärung gegen Ständestaat und Kirche erkämpft wurde und weder durch staatliche Gleichschaltung und Gesinnungspolizei verboten noch durch private Intoleranz rechtsstaatswidrig bekämpft werden darf. Insoweit ist Toleranz auch gegenüber Intoleranz zu üben und darf nicht als Intoleranz gegenüber Intoleranz gerechtfertigt werden. **Die FDP Thüringen ist deshalb für Klarheit und Augenmaß, aber auch für Zurückhaltung bei der Abgrenzung von**



**Meinungsfreiheit zu verfassungsfeindlicher Agitation. Erst wenn die geäußerte Meinung bestehende Strafgesetze oder rechtskräftige Unterlassungsansprüche verletzt oder öffentlich zum Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung aufruft, ist die Toleranzgrenze überschritten und ein angemessenes Eingreifen des Staates erforderlich, aber auch zwingend geboten.** Das Recht zu Gegendemonstration rechtfertigt grundsätzlich nicht privates gewaltsames Einschreiten gegen eine genehmigte Demonstration, schon gar nicht gegen Polizeibeamte. **Widerstand gegen den Staat ist nur dort gerechtfertigt, wo der Staat die Bürger unterdrückt.** Widerstand gegen Private ist nur dort gerechtfertigt, wo der Staat die notwendige Hilfe verweigert oder nicht präsent ist. Vor diesem Hintergrund sind die Aktivitäten von Links- und Rechtsextremisten, aber auch anderer gewaltbereiter Gruppen von Autonomen, Spontis, Fußballrowdys, Skinheads, Kameradschaften, gewaltbereiter Demonstranten jeder Couleur, auch gewaltbereiter Schüler oder gewaltbereiter Ausländer zu bewerten. Soweit Gewalt staatlicherseits unterbunden werden muss, ist hierbei mit Nulltoleranz gegen gewaltbereite Störer vorzugehen. Nur der wehrhafte Staat ist in der Lage, berufsmäßige Randalierer und Gesetzesbrecher davon zu überzeugen, sich der bestehenden Gesetzesordnung anzupassen. Die zunehmende Zahl verurteilter Jugendlicher auch solcher mit Immigrationsbezug ist dabei ein warnendes Signal. Für uns Liberale ist klar: Der Staat hat für Sicherheit der Bürger zu sorgen.

Die FDP ist die einzige Partei der Mitte. Die FDP Thüringen wendet sich ganz entschieden dagegen, dass Rechts- oder Linksextremisten sich verharmlosend als Rechte oder Linke bezeichnen. Noch gefährlicher wird diese Begriffsverschiebung extremistischen Gedankenguts in den Bereich der Verfassung hinein, wenn sie von den Demokraten selbst übernommen wird und bereits der Begriff Links oder Rechts als verfassungsfeindlich stigmatisiert wird. **Damit wird ein Boden geistiger Intoleranz bereitet, der alles was rechts von der linken Mitte ist als rechtsextremistisch stigmatisiert.** Damit entstehen bei der bürgerlichen rechten Mitte Meinungsäußerungsängste, die einer Verschiebung des Meinungsklimas und des demokratischen Verfassungsspektrums nach links Vorschub leisten. Dies kann nicht im Interesse der Partei der Mitte sein, die der Meinungsfreiheit und dem politischen Liberalismus verschrieben ist. Die FDP mahnt deshalb zur Gelassenheit aber auch zur Gemeinsamkeit aller Demokraten gegen die Feinde der Demokratie, d.h. gegen Links- und Rechtsextremisten. **Zum wehrhaften Staat gehört auch Wachsamkeit und Objektivität. Die FDP Thüringens schaut genau hin, wo politisch motivierte Gewalttaten verübt werden. Dabei weiß sie aber auch zu trennen zwischen rein kriminellen Handlungen und politisch motivierten Straftaten.** Die polizeiliche Beobachtung und die objektive Arbeit der Presse sind dabei oberste Voraussetzung bei der Aufdeckung politisch motivierter Gewalttaten, die es durch Aufklärung der Täter und mit Null Toleranz zu bekämpfen gilt.

Die Thüringer FDP spricht sich eindeutig gegen die 2008 beschlossene Polizeireform „Optopol“ aus. Diese sieht vor, dass drei von sieben Polizeidirektionen geschlossen und 433 Stellen gestrichen werden sollen, um die Personalkosten um 1,2 Millionen Euro pro Jahr zu reduzieren. Jedoch ist die Thüringer Polizei bereits jetzt mit 6350 Bediensteten unterbesetzt. Eine solche Reform würde somit die Sicherheit der Bürger im Freistaat vermindern und das Personal noch stärker belasten.

## XI. Verwaltung modernisieren – Bürokratie (er-)sparen

Thüringen braucht weniger Bürokratie und mehr Freiheit. Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, dass die bildungs- und investorenfeindliche Bürokratie, entstehend durch Gesetze, Verordnungen und Verfahrensbestimmungen, abgebaut wird. **Wir verstehen Bürokratieabbau nicht als Entlassungsprogramm von Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung. Wir wissen, dass es die dahinterstehenden Gesetze sind, die die Verwaltung zum oft unsinnigen und v.a. langwierigem Handeln zwingt. Gesetze, Satzungen und Verordnungen werden vom Landtag und den Kommunalparlamenten – also von der die Regelungsflut ständig beklagenden Politik selbst – beschlossen.** In der Folge fertigen Verwaltungen zwar Gesetzentwürfe bzw. exekutieren Gesetze, aber immer nach Weisung der Politik. Wir Liberale anerkennen, dass selbst große Teile der Verwaltung Aufgaben streichen will, schließlich fällt ständig Personal weg und wird nicht ersetzt. Die Aufgaben sind damit oft nicht mehr oder nur sehr schwer vollziehbar, die Bearbeiter haben in bestimmten Fällen erhebliche Haftungsrisiken. Aber wie soll Aufgabenreduzierung in Land und Kommunen gehen, wenn gleichzeitig vom Bund und der EU ständig verbindliche Regelungen für die Länder draufgesattelt werden? **Wer ein Land regieren will, muss sich das auch leisten können – und wer sich das nicht leisten will oder kann muss sich mit anderen zusammentun,** damit man vielleicht gemeinsam kosteneffizienter wird. Die FDP steht seit langem für eine intensive Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.

**Damit wir uns in Thüringen eine bezahlbare Verwaltung leisten können, müssen wir die Kostentreiber unter den Gesetzen und Vorschriften ausfindig machen.** Wir werden ein geeignetes Verfahren zur Bürokratiekostenmessung einzuführen. Dadurch lassen sich die Gesetze, Regelungen oder Verordnungen ausfindig machen, die sich in der Praxis für alle Beteiligten, auch für die Verwaltung als Kostentreiber herausstellen. Gesetze oder ihre Ausführungsvorschriften müssen weg, wenn mit ihnen für alle Beteiligten in Verwaltung, Wirtschaft und den Bürgern ein Zeit-, Personal- und damit Kostenaufwand verursacht wird, der den Ertrag nicht rechtfertigt. Andere Länder haben dies erfolgreich vorgemacht. Mit der FDP wird Thüringen endlich mit der Identifizierung und dem Abbau der Kosten und damit Schuldentreiber zu beginnen. Es darf nicht sein, dass Thüringen in vielen Bereichen teurer ist als andere Länder, aber nicht besser. Die FDP Thüringen steht daher für klare und verbindliche Entscheidungen. Gleichzeitig ist die FDP gewillt, so viel Aufgaben wie möglich und die damit verbundenen Gesetze und Verordnungen außer Kraft zu setzen und das damit verbundene Personal abzubauen, damit sich der Freistaat auf seine Kernaufgaben konzentrieren kann. Wir stellen die Frage, wie viele der etwa 40.000 Landesaufgaben wirklich notwendig sind.

Die FDP Thüringen setzt sich für eine nachhaltige Verwaltungsmodernisierung mittels elektronischer Medien (E-Government) in Thüringen ein. So lassen sich mit Hilfe des Internets viele Behördengänge sparen, vor allem Unternehmen aber auch Bürger würden merklich entlastet. Die bisher vorgelegten Pläne der Landesregierung sind inakzeptabel und werden dem Anspruch Thüringens im Medienzeitalter nicht mehr gerecht. Eine zeitgemäße Strategie im Bereich des E-Government erschöpft sich nicht in der Abbildung von Verwaltung im Internet, vielmehr muss der positive Effekt für den Bürger sichtbar zutage treten. Die beschränkten Öffnungszeiten der Behörden sind zudem

oftmals ein Hemmnis für die Berufsausübung von Selbständigen. Die Verwaltung mittels Internet kann hier Abhilfe schaffen.

Zu einer effektiven Verwaltungsreform gehört auch eine moderne Behördenstrukturreform. Eine solche kann es aber nur auf Grundlage der Thüringer Verfassung geben. Daher setzt sich die FDP Thüringen für die Schaffung des in der Thüringer Verfassung vorgesehenen Gesetzes zur Regelung des Aufbaus, der räumlichen Gliederung und der Zuständigkeit der Verwaltung des Freistaates ein. In den Beratungsprozess sollten unabhängige Verwaltungsexperten miteinbezogen werden. Auch durch einen Blick über die Landesgrenzen kann Thüringen in dieser Hinsicht lernen.

Außerdem bedarf es dringend einer Gebietsreform II, die aus finanzschwachen und unterbevölkerten Kreisen im ländlichen Raum endlich Kreise hervorbringt, die sich nicht nur ihre eigene Verwaltung leisten können, sondern die aufgrund ihrer Größe auch in der Lage sind, umfangreiche Leistungen für die eigene Bevölkerung zu erbringen. Der Verlust der eigenen Kreishoheit durch einen Zusammenschluss mit benachbarten Kreisen und die Bürgernähe soll durch eine verstärkte Mitsprache der Gemeinden des Kreises bei der Kreispolitik sowie der darüber hinausgehenden Raum- und Landschaftsplanung gemindert werden. **Wir wollen eine intensive interkommunale Zusammenarbeit.** Und wir haben klare Rahmenbedingungen für die künftigen Landkreisgrößen definiert. Zur Vereinfachung und Effizienzsteigerung der Verwaltungsstrukturen tritt die FDP Thüringen für eine umfassende Kreisgebietsreform (KGR) ein. Diese orientiert sich an folgenden Grundsätzen: Zur besseren Transparenz und Planung der Beteiligten wird die Kreisgebietsreform mit konkreten Terminen und Fristen versehen. Die KGR braucht eine Freiwilligenphase, darf aber eine Pflichtphase nicht ausschließen. Um den Gemeinden, Kommunen und Landkreisen Planungssicherheit zu gewährleisten, erhalten die neuen Landkreise eine Bestandsgarantie bis 2020. Dabei werden wir Vorrang von freiwilligen Zusammenschlüssen anstatt "Zwangsehen" gewährleisten und treten für eine Konzentration auf ‚Interkommunale Zusammenarbeit‘ ein. Weitgehende Wahrung besonderer regionaler Strukturen, Berücksichtigung von Heimatidentität in den Regionen, Einbeziehung bestehender Strukturen und Planungen bei der Neugestaltung aber auch Mindesteinwohnerzahlen und Flächenhöchstgrenzen sind Grundlagen für die neue Struktur der Landkreise in Thüringen.

Die FDP Thüringen bekräftigt ihr Ziel, dass es für potentielle Investoren bei Genehmigungsverfahren künftig nur noch eine zentrale Anlaufstelle gibt. Damit sparen Investoren und Existenzgründer Zeit und Geld. Die Genehmigungs- und Vergabeverfahren selbst werden vereinfacht und verkürzt. Reagiert eine Behörde nicht innerhalb einer festgelegten Frist auf einen Genehmigungsantrag, gilt dieser als automatisch erteilt. Auch Anträge auf Förderungen, Subventionen o.ä. werden künftig nur an einer zentralen Stelle zu beantragen sein. Dadurch werden doppelte und dreifache Anträge bei unterschiedlichen Ämtern / Ministerien verhindert. Subventionsmissbrauch wird dadurch vorgebeugt.

## **XII. Demographie- und Abwanderungsproblematik**

Die jahrelange Abwanderung konnte nicht eingedämmt werden. Täglich verlassen etwa 40 Menschen, darunter v.a. hochqualifizierte, leistungsbereite oder arbeitssuchende Menschen, den Freistaat. Die

Folgen sind beträchtlich: Steuereinnahmen brechen weg, die Kaufkraft schrumpft, dringend benötigter Nachwuchs fehlt. Diesem Trend muss entgegengewirkt werden. **Die Thüringer FDP wird die politischen Rahmenbedingungen so setzen, damit attraktive Arbeitsplätze geschaffen und gehalten werden können, eine schlanke und unkomplizierte Verwaltung keine Stolperfallen aufstellen und eine hochwertigen Kinderbetreuung die Attraktivität des Standortes Thüringen stärken. Gleichmaßen kommt der Förderung des Kultur- und Bildungssektors sowie ländlicher Regionen eine zentrale Rolle zu, um Thüringen in eine hochwertige Lebensqualität zu gewährleisten.**

Der demographische Wandel stellt mittelfristig neue Herausforderungen an die Politik. Die FDP Thüringen steht für eine frühzeitige Investition in Humanressourcen, wozu von den Thüringer Liberalen insbesondere eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung angestrebt wird. Dazu ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu erleichtern und die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer zu steigern.

Die Thüringer FDP wird in der nächsten Legislatur dafür einsetzen, dass die Landesregierung halbjährlich über den Stand der Abwanderung und der jeweiligen Gegenmaßnahmen zu berichten hat. Die Abwanderung muss als politisches Problem im Freistaat begriffen und damit auch in die parlamentarische Beratung zurückgeführt werden. In diesem Zusammenhang werden wir auch den bedrohlichen Ärztemangel in Thüringen thematisieren. Hier muss die Landespolitik endlich sensibilisiert werden und auch auf Bundesebene dieses Problem in die Diskussion zu bringen. Und wir werden die Attraktivität des ländlichen Raumes stärken. Es gilt die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung mit einer guten Anbindung an eine moderne Infrastruktur z.B. bei Straßen, Schulen, ÖPNV und elektronischer Kommunikation zu fördern. Die Stärkung des Tourismus und weiche Standortfaktoren wie die enge nachbarschaftliche Verbundenheit auf dem Land und die Schönheit der umgebenden Natur können ebenfalls erheblich dazu beitragen. Gerade im Hinblick darauf gilt es im Rahmen der Landesplanung besonders Einfluss auf den Erhalt von Regionen von besonderer Naturschönheit zu nehmen. Förderprogramme für den ländlichen Raum bedürfen der kreisübergreifenden und integrativen Abstimmung aller Belange. Dafür tritt die FDP Thüringen ein.

### **XIII. Landwirtschaft und Forsten**

Die Landwirtschaft ist und bleibt gerade in Thüringen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Landwirtschaft in Einheit mit den dazu gehörigen vor- und nachgelagerten Bereichen, wie die Futtermittelindustrie, die landtechnische Industrie und vor allem die Ernährungswirtschaft bilden eine der tragenden Säulen des Bruttosozialproduktes in Thüringen. Ihr Arbeitskräftebedarf ist von erheblicher Bedeutung. Der Erhalt und die Förderung der heimischen Landwirtschaft hängt in hohem Maße von der EU-Politik ab. Aus diesem Grund soll die Thüringer Politik sich auf Bundes- und Landesebene für die Belange der Landwirtschaft stark machen und nach Kräften eigene Akzente setzen. Dabei ist insbesondere auf die Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen und den Schutz vor subventionierten Einfuhren zu achten. Liberale Agrarpolitik will die schrittweise Verringerung der

Eingriffe in den Markt. Die Agrarpolitik darf existenzfähige Betriebe in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht behindern. Deshalb sind wir gegen Förderobergrenzen und gegen eine überproportionale Belastung größerer Betriebe gleich welcher Rechtsform. Der Grundgedanke der Entkopplung der Prämien von der Produktion ist der richtige Weg. Die FDP ist für eine unternehmerische und nachhaltige Landwirtschaft mit deutlich weniger Bürokratie.

**Thüringen als „Grünes Herz Deutschlands“ verdankt in Vergangenheit und Gegenwart viel seinem Wald. Die weltweite Klimadiskussion, seine wirtschaftliche Nutzung, sein unser Land ganz wesentlich prägender Charakter aber auch die regelmäßig wiederkehrenden Diskussionen um den richtigen Umgang mit dem Wald, machen deutlich, dass wir ihm aber auch für die Zukunft unsere ganze Aufmerksamkeit widmen sollten.** Die Forstpolitik des Landes muss sich bereits jetzt auf die für Thüringen prognostizierten Klimaveränderungen einstellen. Der Waldumbau ist soweit möglich zu beschleunigen, geeignete Standorte sind im Hinblick auf die Verbesserung des örtlichen Klimas, der Verhinderung von Erosion und der Verbesserung des Grundwasserschutzes und der Grundwasserhaltung aufzuforsten. Das forstliche Ziel heißt: „Naturnaher Waldbau“. Die Verwertung des heimischen Rohstoffes Holz ist unter ökonomischen aber auch unter ökologischen Gesichtspunkten z.B. als Energieträger zu optimieren. Das Land muss sich den uneingeschränkten Zugang zum Wald als charakteristischem Landschaftselement, als Ressource und wichtiger Umweltfaktor, als Ort für Tourismus und zur Erholung der Bürgerinnen und Bürger Thüringens unbedingt erhalten.

Wald- und wildpädagogische Angebote (z.B. Waldkindergärten) sind kreativ und ,soweit dem Land möglich, finanziell zu fördern. Verständnis für Tun und Lassen im forstlichen Bereich werden nur Bürger aufbringen, deren Umweltbewusstsein entwickelt und deren Wissen um die natürlichen Lebensgrundlagen gefestigt ist. Wald- und wildpädagogische Angebote (Waldführungen, Waldaktionstage, Waldkindergärten, Waldjugendspiele, Projektwochen, Jugendwaldheime, Wildparke) sind deshalb forstpolitisch erwünscht.

Die Jagd in Thüringen hat Tradition. Sie ist bei nachhaltiger Ausübung ein Element des Naturschutzes. Neben der Nutzung des Wildes muss Jagd auch weiterhin dem Tier- und Artenschutz und dem Seuchenschutz dienen. Bei verständiger Wildbewirtschaftung ist den Interessen der Land- und Forstwirtschaft zu entsprechen. Die Koppelung des Jagdrechts an das Grundeigentum muss unangetastet bleiben. Eine Subsumierung des Rechtskreises "Jagd" unter das Naturschutzrecht ist abzulehnen.

#### **XIV. Umwelt und Naturschutz**

Praktizierter Umwelt- und Naturschutz garantiert auch unseren Kindern und Enkeln, in einer lebenswerten Umwelt leben zu können. Liberaler Umwelt und Naturschutz ist daher nachhaltig und sorgt sich um den Erhalt gesunder Lebensbedingungen für Menschen ebenso wie für Flora und Fauna. Aber: **Liberale Umweltpolitik ist rational, nicht emotional.** Sie erschöpft sich

nicht in Umweltsymbolik wie der gescheiterten Biokraftstoffverordnung zu Lasten von Millionen Autofahrern, überzogener Wärmedämmvorschriften, die jungen Familien das Eigenheim derart verteuern, dass es nicht bezahlbar ist oder in „Umweltzonen“, die zwar im Hinblick auf die Senkung des Feinstaubanteils keinen nennenswerten Beitrag leisten, aber zur faktischen Enteignung von Bürgern und Unternehmen mit älteren Privat- oder Geschäftsfahrzeugen führen. Investitionen in Klima- und Immissionsschutz sind sinnvoll, wo Bürger und Unternehmen nicht nur belastet, sondern der Schutz auch einen Mehrwert erbringt. Alternative Energieerzeugung ist da sinnvoll, wo sie nicht dauerhaft subventioniert werden muss. Die Forderung nach Energieeffizienz ist da angebracht, wo sie von der Mehrheit der Bürger bezahlbar ist und sich bezahlt macht. **Deshalb sind umweltpolitische Entscheidungen stets der Prüfung wissenschaftlicher Erkenntnis und technischer sowie ökonomischer Mach- und Vertretbarkeit zu unterziehen.**

## XV. Ausblick

Die FDP Thüringen wird sich auf ihrem Weg nicht beirren lassen. **Wir wollen ein lebens- und liebenswertes Thüringen. Dies erreichen wir nur, wenn wir die Zahl unserer Mandate und damit unseren politischen Einfluss vergrößern. Wir sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen und wir sind bereit, dafür zu kämpfen.**

Wir lassen uns dabei nicht beirren. Auch die Veränderung der politischen Landschaft wird uns nicht den Weg verbauen. Im Gegenteil: Die Zeit ist reif, Thüringen stark zu machen. Wir treten für ein bürgerlich regiertes Thüringen ein, auch wenn die CDU bundesweit wankelmütig, ja wankelwütig daherkommt. Taktisch und strategisch wird die Union bei vielen ihrer (ehemaligen) Wähler als Partei identifiziert, die der Beliebigkeit anheim gefallen ist. Das ist kein Wunder, schließlich hat die Union so ziemlich alles getan, um dieses Bild zu bestätigen: Hier wollen sie allein, dort mit den Grünen, wo es passt mit der FDP und im Bund mit der SPD regieren. Die Kanzlerin verweigert sich in aller Regel mutigen Entscheidungen und wenn sie es tut, dann geht es kräftig in die falsche Richtung, siehe Postmindestlohn. Die Folgen werden bei allen Wahlen der jüngeren Vergangenheit offensichtlich: Die Union verliert überall massiv an Zustimmung, absolute Mehrheiten sind reihenweise gekippt.

Auf der anderen Seite erleben wir derzeit den Abstieg einer einst gewichtigen Partei Deutschlands, der SPD. Sie ist in den letzten Jahren und v.a. Monaten das Synonym der Umfaller- und Lügenpartei schlechthin. 2005 tat sie sich mit einem aggressiven Wahlkampf gegen die Merkelsteuer hervor, um dieses Versprechen 2006 zu brechen. Sie wehrte sich zunächst gegen Änderungen der Hartz-IV-Gesetze, tat anschließend allerdings das Gegenteil. Der Wortbruch Ypsilantis und die anschließende Hexenjagd auf eine (sich an ihr Versprechen haltende) Abweichlerin seien nur am Rande erwähnt. Treiben lassen sich die Sozialdemokraten von der KPD-SPD-SED-PDS-WASG-Linkspartei-Linke. Der persönliche Rachefeldzug des ehemaligen SPD-Chefs scheint zu fruchten. Die Sozialdemokraten

springen über so ziemlich jedes Stöckchen der Sozialversprechen, das ihnen hingehalten wird. Einem unehrliehen, ängstlichen und zögernden Abgrenzungsversuch folgte der Pakt mit den Kommunisten. Die SPD ist damit nicht nur jeder Glaubwürdigkeit beraubt, sondern hat sich mit einem Partner eingelassen, der sich offen „Zum Wechsel des Systems“ etc. bekennt.

**Wir Liberale werden sehr entschieden gegen diesen drastischen Linksruck vorgehen.** Denn: Eine Politik, die Wirtschaft und Denken verstaatlicht, entmündigt den Bürger. Ein entmündigter Bürger aber lebt in ständiger Angst vor dem Staat und ist so in seiner freien Entfaltung gehindert. Anstrengung wird damit im Keim erstickt. Wer verhindert, dass sich Fleiß auszahlt, schafft die Leistungsgerechtigkeit ab und wird jede soziale Gerechtigkeit vernichten.

Die Zukunft Thüringens hängt davon ab, wie stark der Freistaat in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung sein wird und wie effizient er diese Faktoren mit der Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand verbinden kann. Die Zukunft Thüringens hängt aber auch davon ab, wie stark sich die demokratischen Kräfte gegen Extremismus und Gewalt erwehren können, wie gut es uns gelingt, unsere Verwaltung zu modernisieren und die Abwanderung ganzer Generationen zu verhindern.

Wir, die Thüringer Liberalen, stehen im Superwahlsommer 2009 vor beträchtlichen Herausforderungen und haben gleichzeitig die große Chance, die Politik in Thüringen erheblich zu beeinflussen. Zwischen Juni und September 2009 werden (voraussichtlich) alle Parlamente gewählt, die die Thüringer wählen dürfen: Kommunal, Land, Bund, Europa. Jede einzelne dieser Wahlen ist von immenser Bedeutung für die FDP und die Stellung liberaler Ideen im Parteiensystem Deutschlands und v.a. Thüringens. Das erfolgreiche Bestehen dieser Wahlen setzt immense Arbeitskraft voraus. Jeder Kreisverband und der Landesverband steht vor großen Herausforderungen. Logistisch, strukturell, personell, programmatisch und finanziell müssen und werden wir gut aufgestellt sein. **Wir haben innerhalb kurzer Zeit die große Chance, die politische Landschaft in Thüringen neu zu gestalten, die politische Ausrichtung des Freistaates und der Kreise neu aufzustellen und den politisch organisierten Liberalismus eine starke, kraftvolle und hörbare Stimme zu geben. Wir werden ab 2009 in Thüringen Maßstäbe setzen und wir werden diese Maßstäbe durchsetzen.**

Diese Ziele werden wir zusammen erreichen – mit der Unterstützung jedes einzelnen Parteimitglieds, vieler Sympathisanten und zahlreicher Helfer. Diese Ziele werden wir zusammen erreichen – mit dem Mut zum Aufbruch im Jahr 2008 und der Kraft zur Umsetzung unserer Ziele 2009. Für ein arbeitsreiches, für ein liberales Jahr 2009!

## Notizen